

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

13.9.1919 (No. 214)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14  
Fernsprecher: Nr. 953 und 954  
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter E. K. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Scheinzel 5 A 90 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 20 P. täglich 30 % Feuerungszuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Knapptung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Zur Volkszählung am 8. Oktober.

•• Nach der Verordnung des Reichsministeriums vom 16. Juli 1919 findet am 8. Oktober 1919 im Lande Baden eine allgemeine Volkszählung statt. Die Bezirksämter sind angewiesen, den pünktlichen und richtigen Vollzug der Zählung in jeder Weise zu fördern und sicherzustellen.

Die Bevölkerungsbewegung während der Demobilisierung sowie die sonstigen damaligen Verhältnisse haben die Reichsleitung am 13. November 1918 veranlaßt, von der Vornahme der für den 4. Dezember 1918 bereits angeordneten Volkszählung Abstand zu nehmen. Die Gesichtspunkte, die seinerzeit zu der genannten Verordnung geführt haben, drängen aber in verstärktem Maße dazu, für die Zwecke der Ernährungswirtschaft eine neue Feststellung der versorgungsberechtigten Bevölkerung der Staaten, Landesteile und Kommunalverbände durch eine allgemeine Volkszählung vorzunehmen. Die Ergebnisse der am 5. Dezember 1917 vorgenommenen Volkszählung sind wegen der inzwischen, insbesondere durch die Demobilisierung eingetretenen Änderungen im Bevölkerungsstand der einzelnen Gebiete nicht mehr verwendbar. Die Fortschreibung der für die Versorgungsregelung in Betracht kommenden Bevölkerung hat nach wie vor auch nur annähernd zuverlässige Ergebnisse nicht gestattet. Um diesen Mangel für die Zukunft zu beseitigen, wurde inzwischen die Durchführung der Verordnung über die Fortschreibung der Zivilbevölkerung zum Zwecke der Lebensmittelversorgung vom 24. Oktober 1918, deren vorläufige Aussetzung seinerzeit gleichzeitig mit der Volkszählungsverordnung von der Reichsleitung angeordnet wurde, vorgeschrieben.

Die Fortschreibung darf sich aber nicht auf die bisher vorhandenen, als falsch erkannten Bevölkerungszahlen stützen, sondern muß unter allen Umständen eine vollkommen neue Aufnahme des Bevölkerungsstandes zur Grundlage haben. Es ist daher für die bevorstehende Volkszählung außerordentlich wichtig, rechtzeitig für ein gut unterrichtetes Zählpersonal zu sorgen, das insbesondere gerne bereit ist, bei der Ausfüllung der Fragebogen helfend mitzuwirken oder dieselben selbst auszufüllen. Um das nötige Zählpersonal auch diesmal in ausreichendem Maße zu gewinnen, wurden die amtlichen Stellen angewiesen, ihre Beamten, die irgendwie zu diesem Zweck verfügbar gemacht werden können, dazu anzuhalten, sich den Zählungsausschüssen zur Verfügung zu stellen. Die Bezirksämter werden den Gemeindegewerkschaften ihres Bezirkes empfehlen, auch ihrerseits die Beamten, Lehrer und Schüler zur Mitwirkung als Zähler usw. einzuladen.

Die Bezirksämter werden ferner den ihnen beigegebenen Beamten und Gehilfen, insbesondere allen solchen, die im Vorbereitungs- und Ausbildungsdienst stehen, eröffnen, daß ihre persönliche Beteiligung an dem Zählgeschäft dringend erwünscht sei, um seine Durchführung zu erleichtern und das Gelingen der Volkszählung zu fördern. Der Einwand, daß Beamte im Interesse des Dienstes nicht abkömmlich seien, ist in den allermeisten Fällen unzutreffend, da sich die Abwicklung des Zählgeschäftes jeweils eine ganze Woche und noch länger hinzieht, so daß es möglich sein wird, abwechselnd jeweils einen Teil der Beamten ohne Beeinträchtigung des laufenden Dienstes an je zwei halben Tagen zur Ausstellung und Wiedereinsammlung der Zählpapiere von diesem zu entbinden. Die sonstige mit der Verwendung als Zähler verbundene schriftliche und rechnerische Arbeit ist für alle mit solchen Geschäften vertrauten Personen aus dem Lehrer- und Beamtenstand so geringfügig, daß sie in weniger als in einer Stunde zu leisten ist.

Denjenigen Beamten, welche sich an dem Zählgeschäft beteiligen, wäre die dazu nötige dienstfreie Zeit am 4. und 6. Oktober 1919 zu gewähren.

Der Vorbrud der Zählpapiere hat sich — abgesehen von den jetzt notwendig gewordenen Änderungen — nicht wesentlich gegenüber dem früheren geändert. Die Haushaltsliste (Drucksache A) enthält außer den durch die Bekanntmachung des Reichs Ernährungsministeriums vom 22. Juli 1919 über die Durchführung der Volkszählung am 8. Oktober 1919 vorgeschriebenen Angaben für die Zwecke der Durchführung der Abstimmung gemäß dem Friedensvertrag in Schlesien, Schleswig-Holstein, Ost- und Westpreußen noch die von uns eingeführten besonderen Fragen nach dem Geburtsort und -kreis, sowie nach der Muttersprache der sich in Baden aufhaltenden, in Betracht kommenden Personen (Spalte 13 bis 15).

#### „Wo bleibt der Einmachzucker in Baden?“

•• Zeitungsnachrichten zufolge verteilt Württemberg im Monat September ein Pfund Einmachzucker auf den Kopf und gibt außerdem für die Zeit vom 1. September bis 15. Oktober, also für 1½ Monate 1000 Gramm Monatszucker aus. An diese Mitteilung wird die Bemerkung geknüpft, man hoffe, daß auch Baden sich zu einer solchen Maßnahme entschließen. Daß und warum dies nicht möglich ist, geht aus Folgendem hervor:

Württemberg behält einen Teil des monatlichen Verbrauchszuckers von 800 Gramm auf den Kopf zurück und bildet daraus eine „Landesreserve“. Wenn die Nachricht richtig ist, daß für 1½ Monate 1000 Gramm Monatszucker ausgegeben werden, während von der Reichszuckerstelle für den gleichen Zeitraum 1200 Gramm zugewiesen werden, so handelt es sich um ganz erhebliche Einsparung zugunsten der Landesreserve. Die Badische Zuckerzuckerfabrikation verfährt nicht so, sie bringt Monat für Monat die 800 Gramm Monatszucker restlos zur Verteilung an die Kommunalverbände. Sie hat also keine Landesreserve und kann deshalb auch keinen Einmachzucker verteilen. Dagegen verfahren einzelne Kommunalverbände wie die Stuttgarter Landesstelle und geben ihrerseits nicht die ganze Monatsmenge aus. Diese Kommunalverbände sind dann in der Lage, aus der so gebildeten Reserve Einmachzucker zu verteilen. Dem Verteilungsverfahren der Badischen Zuckerzuckerfabrikation liegt wohl der Gedanke zugrunde, daß die Haushaltungen allgemein einer bequemen und billigen Versorgung, wie sie in Württemberg geübt wird, abgeneigt sind, und es vorziehen, ihren Monatszucker restlos jeden Monat zu empfangen, um ihn selbst nach ihren Bedürfnissen einzuteilen.

#### Kein deutscher Zucker nach Frankreich.

•• Eine Heidelberger Zeitung brachte letzter Tage eine Notiz, daß in Vorderau ein französischer Dampfer mit 40 000 Zentner Zucker aus Deutschland angekommen sei.

Das Ministerium des Innern hat sich daraufhin sofort mit der Reichszuckerstelle in Verbindung gesetzt und von dieser in Erfahrung gebracht, daß es sich bei diesem Zuckertransport nicht um deutschen Zucker handelt, sondern daß die Ladung aller Wahrscheinlichkeit nach aus durchgeführtem tschechischem Zucker bestand.

#### Zum Postverkehr mit dem besetzten Gebiet.

•• Zwischen Deutschland und Belgien-Böhringen ist die Beförderung geschlossener Privatbriefe jeder Art zugelassen worden.

Die Vorschrift, daß nach der belgischen Zone der besetzten deutschen Rheingebiete gerichtete Briefe in Handels- und Industrie-Angelegenheiten in der Aufschriftseite mit der Angabe „Geschäftsbrief“ versehen sein müssen, wird von den Absendern in vielen Fällen nicht beachtet. Die Befolgung dieser Bestimmung wird dringend empfohlen, da solche Briefe ohne die angegebene Bezeichnung nach der belgischen Besatzungszone nicht befördert werden können, sondern an die Absender zurückgegeben werden müssen. Andererseits sind in letzter Zeit unter der Angabe „Geschäftsbrief“ unzulässigerweise Presseberichte und Zeitungsausschnitte, die von der belgischen Zensur nicht genehmigt waren, nach der belgischen Besatzungszone abgefaßt worden. Derartige Briefe gelangen nicht in den Besitz der Empfänger, sondern werden von der belgischen Militärbehörde beschlagnahmt. Es liegt daher im Vorteil von Absender und Empfänger, mißbräuchliche Anwendung der Angabe „Geschäftsbrief“ zu unterlassen.

Nach einer Bekanntmachung des amerikanischen Hauptquartiers in Koblenz sind alle bisherigen Bestimmungen über den Postverkehr der amerikanischen Zone der besetzten deutschen Rheingebiete aufgehoben worden. Sämtliche Postsendungen sind im Verkehr mit dieser Besatzungszone wieder in gewöhnlicher Weise nach und von den besetzten und unbesetzten deutschen Gebieten sowie nach und vom Auslande zugelassen; die Briefsendungen unterliegen jedoch auch weiterhin der amerikanischen Zensur, die sich aber auf Stichproben beschränken wird.

#### \* Zur Rede Scheidemanns.

Der Rede, die der frühere Ministerpräsident Scheidemann vorgestern in Kassel gehalten hat, kommt eine erhöhte Bedeutung zu. Sie verbreitet sich über die wichtigsten Tagesfragen und nimmt zu ihnen in außerordentlich prägnanter Form Stellung.

Am aktuellsten erscheint uns das, was Scheidemann über die Stellung der augenblicklichen Reichsregierung gesagt hat. Scheidemann geht von der Überzeugung aus, daß jeder Parteigenosse die Pflicht habe, die Parteimitglieder, die in der Regierung sitzen, zu unterstützen und ihnen, ohne dabei auf das Recht der Kritik zu verzichten, ihre schwere Arbeit nach Kräften zu erleichtern. Eine ganz besondere Schwierigkeit für die augenblickliche Reichsregierung erblickt Scheidemann darin, daß sich, wie er sich ausdrückt, die parlamentarische Grundlage, auf der die Regierung steht, durch das Ausscheiden der Demokraten verengt hat. Er hält die gegenwärtige Parteikonstellation (Sozialdemokratie und Zentrum) weder für glücklich noch für dauerhaft und er kommt mit diesem Urteil einer Auffassung entgegen, wie sie auch von der Mehrheit seiner Partei, zumal in Norddeutschland, ziemlich entschieden vertreten wird. Scheidemann sagt, daß, wenn die Sozialdemokratie schon nicht allein regieren könne — und dazu fehlt es ihr ja an der Mehrheit im Parlament —, wenn sie also auf die Mitwirkung bürgerlicher Parteien angewiesen sei, es gut sei, wenn zwei bürgerliche Parteien mitarbeiteten, zwei Parteien, die in gewissen Fragen sich gegenseitig die Waage halten, so daß die Sozialdemokratie nicht einem einseitigen Drucke ausgesetzt sei. Den Austritt der Demokratie aus der Reichsregierung bedauert Scheidemann; dieser Akt sei unter den gegebenen Umständen weder ein Glück für die Sozialdemokratie noch ein Glück für die Demokraten gewesen. Als ein Ideal empfindet Scheidemann als überzeugter Sozialdemokrat die gegenwärtige Notwendigkeit eines Zusammengehens mit den bürgerlichen Parteien nicht; sein Ideal sei die Einigung der Arbeiterklasse unter den Fahnen der Demokratie und des Sozialismus.

Zur Politik gehört die Kunst und die Fähigkeit, mit gegebenen Verhältnissen zu rechnen und sie so in die Rechnung einzustellen, daß das große Ziel, das man erstrebt, möglichst rasch und möglichst sicher erreicht wird. Dieses Ziel heißt für das heutige Geschlecht: Neuaufbau des deutschen Volkes. Diesem großen Zweck haben wir uns alle unterzuordnen. Und wenn das Volk bei der Wahl sich so entscheidet, daß keine Partei für sich allein die Mehrheit im Parlament bekommt, so haben sich eben unter dem Zwang der gemeinsamen vaterländischen Idee mehrere Parteien zusammenzufinden. Der historischen Entwicklung entsprach es, daß bei uns Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie diese Parteien waren. Unseres Erachtens entsprach es aber keineswegs der historischen Entwicklung, daß die Demokratie am 23. Juni aus der Reichsregierung austrat.

Wir haben seitdem bei jeder jeden Gelegenheit an dieser Stelle betont, daß auch wir diese Tatsache bedauern, und daß wir eine Verbreiterung der parlamentarischen Regierungsgrundlage durch Wiederhinzuziehung der Demokratie für geboten halten; dieses umso mehr, als sich bei uns in Baden das Zusammengehen der drei Parteien im großen und ganzen durchaus bewährt hat. Von einem demokratischen Organ ist gestern (vergl. Badische Übersicht in der heutigen Nummer) eine Äußerung veröffentlicht worden, die so gedeutet werden könnte, als ob wir in der „Karlsruher Zeitung“ der einen der drei Koalitionsparteien nicht ganz gerecht geworden wären. Wir möchten mit allem Nachdruck einer solchen Auffassung, wo und wie sie sich auch äußern möge, entgegen treten und nochmals darauf hinweisen, daß wir, sofern keine neuen Ereignisse von umstürzender Bedeutung eintreten, von der Notwendigkeit und Möglichkeit des Zusammengehens der drei Koalitionsparteien durchaus überzeugt sind und es für selbstverständlich halten, daß die Presse aller drei Parteien auf die Tatsache dieser Notwendigkeit die nötige Rücksicht nimmt.

Was den übrigen Teil der Scheidemannschen Rede betrifft, so wendet sie sich vor allem mit außerordentlicher Schärfe und Bestimmtheit gegen die monarchische Reaktion, gegen gewisse Versuche den Militarismus neu zu beleben und gegen den Antisemitismus. Scheidemann erklärte, die ganze Arbeiterschaft

und mit ihr ein großer Teil des Bürgertums sei sich darin einig, daß Deutschland eine Republik zu haben habe; ein Erfolg einer monarchistischen Gegenrevolution sei also nicht zu befürchten. „Jene aber, die vielleicht dennoch daran denken, mit diesem Feuer zu spielen, mögen gewarnt sein! Die Novemberrevolution ist mit dem Krügen und Vertretern des alten Regimes so großmütig verfahren, wie nie eine Revolution zuvor. Man hätte sich, diesen Grokmüt noch einmal auf die Probe zu stellen! Auch sonst ist die Kampfansage gegen die reaktionären Parteien sehr schroff gehalten. Den Fall Reinhardt betrachtet Scheidemann mit großem Ernst, und er meint, daß die Tatsache, daß Oberst Reinhardt bis zum heutigen Tage sein Kommando führe, blitzartig eine Situation beleuchte, die unerträglich sei.

Auch wir sind der Meinung, daß die Gefahren, die unter Umständen von reaktionärer Seite her drohen könnten, nicht unterschätzt werden dürfen, und wir haben in diesem Sinne auf jede solcher möglichen Gefahren aufmerksam gemacht. Aber wir dürfen andererseits auch nicht außer acht lassen, daß sehr viele Männer als Offiziere und Beamte in loyaler Weise der Reichsregierung und damit dem Vaterlande dienen, obwohl sie in ihrem Innern Anhänger der Monarchie sind. Man hat unserer Ansicht nach also zu trennen zwischen der parteipolitischen Agitation und Propaganda, die sich unter dem Aushängeschild monarchistischer Bestrebungen blindwütig gegen die Reichsregierung wendet und die Interessen unseres ganzen Volkes gefährdet, und zwischen jenen Männern, die ihrer Herkunft oder ihren Anschauungen nach konservativ und monarchisch denken und fühlen, aus dieser Überzeugung kein Fehl machen, gleichwohl aber ihre Pflicht zur Mitarbeit am gemeinsamen Vaterlande erfüllen. Überschreiten solche Männer die Grenzen der bisher eingehaltenen Loyalität, so ist es selbstverständlich Pflicht der Regierung, dagegen aufzutreten, um Wiederholungen zu verhüten. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die Regierung mit aller Entschiedenheit parteipolitischen Bestrebungen entgegentritt, die den verfassungsrechtlichen Charakter des Reiches auf indemokratischem Wege abändern wollen. Und schließlich ist es selbstverständlich, daß die Regierung sich zur Wehr setzt, wenn sie von extremen Parteien in gebäffiger und ungerechter Weise angegriffen wird.

Sehr bestimmt hat sich Scheidemann aber auch gegen die Opposition von links, gegen Unabhängige und Kommunisten ausgesprochen. Seine Kritik der unabhängigen Politik war vernichtend. Schonungslos hat er die Tatsache festgenagelt, daß überhaupt niemand wisse, was die Unabhängigen eigentlich positiv wollen, und was sie wohl tun würden, wenn sie an der Regierung wären. Für die Unabhängigen gebe es nur eine Aufgabe, und die bestehe in der Beschimpfung der Mehrheitssozialdemokraten. „Machen Sie heute, so meinte Scheidemann, die unabhängigen Kritiker zu Ministern, so wird es keine 14 Tage dauern, bis sie von ihren bisherigen Anhängern genau so angefallen werden, wie ich angefallen worden bin und wie mein Nachfolger Bauer jetzt angefallen wird.“

Bemerkenswert waren die sich hieran anschließenden Ausführungen Scheidemanns. Sie lauteten im wesentlichen: „Keine Regierung kann ein geschlagenes, durch einen entsetzlichen Krieg körperlich und seelisch zerrüttetes Volk mit einem Schlage zu einer Schar von Glücklichlichen und Zufriedenen verwandeln. Wiedergenesung

und Wiederaufrichtung können sich nur allmählich in Jahren und Jahrzehnten vollziehen. Auch der Sozialismus kann nur allmählich helfen und er muß schrittweise vorgehen, er darf keine Pseudoreformen veranlassen. Ungefähr auf der Höhe solcher Pseudoreformen steht die Agitation der Kommunisten und der Unabhängigen, und ich sage, es ist eine Schmach und Schande, wenn Arbeiter darauf hineinfallen. Jeder politisch geschulte Arbeiter, der schon längere Zeit im Klassenkampfe steht, weiß genau, daß man aus einer kapitalistischen Gesellschaft nicht im Handumdrehen eine sozialistische machen kann; er kennt die ungeheueren Schwierigkeiten dieses Wertes und weiß, wieviel Kampf — aber auch wieviel sorgsam überlegte Arbeit dazu gehört, es allmählich zu vollenden. Vebel sagte: „Sozialismus ist angewandte Wissenschaft! Was die Unabhängigen und Kommunisten predigen, ist nicht Sozialismus, denn es ist nicht Wissenschaft, sondern Aberglaube, mit dem sie hausieren gehen im Vertrauen auf die Unwissenheit der Massen! Darum sehe ich im Punkte Einigkeit, die ich im Interesse der Arbeiterschaft und des ganzen deutschen Volkes sehnlichst wünsche und für die ich auch wirke, vorläufig recht trübe in die Zukunft. Die Einigkeit wird erst kommen, wenn die belehrbaren Elemente der Opposition zu sich gekommen sein werden und wenn es ihnen gelungen sein wird, gewisse ganz besonders gewissenlose Demagogen, die sich in ihre Bewegung gedrängt haben, wieder loszuwerden.“

Wir können nur wünschen und hoffen, daß diese Worte Scheidemanns in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft die Beachtung finden, die sie verdienen.

## Erweiterung der Volksbildung\*

Von Otto Gerland.

Schon die alten Römer wußten, daß man zwar viel, aber nicht vielerlei lernen müsse; eine moderne Krankheit aber, die auch in der preussischen Schulverwaltung Grund gefaßt hat, ist es, daß nur ja recht vielerlei gelernt werden müsse; als Folge hiervon ist aber anzusehen, daß die mit Wissen überfüllten Schüler nach Beendigung der Schulzeit möglichst alles Gelernte als Ballast über Bord werfen und nur noch Interesse für das behalten, was sie für ihren späteren Beruf unbedingt gebrauchen. Man täusche sich hierüber nicht. Gewiß gibt es glücklicherweise eine gewisse Anzahl Personen, die den Reiz zur Weiterbildung haben, und denen soll auch der Weg hierzu nicht versperrt werden. Wie schon bisher auch, so soll auch jetzt dem Tüchtigen freie Bahn zu seiner Weiterentwicklung gelassen werden, und wie bisher, so findet auch in der Zukunft der Tüchtige seinen Weg, wofür Beispiele genug anzugeben wären. Es ist auch richtig, daß der Mensch heutzutage einen Überblick über vielerlei Dinge hat, die noch vor fünfzig oder sechzig Jahren keine große Bedeutung hatten, z. B. von der Anwendung der Elektrizität, bezüglich der Verkehrsmittel usw. Aber eine gewisse Grenze muß für das, was schulmäßig gelehrt werden soll, aufrechterhalten werden, auf den Schulen soll den Schülern die Neigung zur Weiterbildung über die Grenze des Schulstoffes beigebracht werden, aber diese Grenze muß innegehalten werden, sonst heißt es nicht mehr „Wissen ist Macht“, sondern „Wissen ist Ballast“. Wenn man jetzt so vielfach hören muß, das Wissen der Volksgenossen müsse vertieft werden, so hört man da wieder eines der vielen Schlagworte, mit denen unsere Zeit so gern arbeitet, und bei deren Anwendung man nur zu leicht vergißt, daß schon Goethe seinen Mephisto sagen läßt, „wo die Begriffe fehlen, da stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein“.

\* Wir drucken diesen Artikel eines Mitarbeiters ab, da er uns geeignet erscheint, die öffentliche Diskussion über diese wichtige Frage zu beleben. Red.

auf einem solchen Schlagworte wird dann grundlos herumgeritten, bis es zu Tode geht. Dies ist der Grund dafür, daß wir, die wir uns so gern das Volk der Denker nennen, von anderen Vätern als das Volk der Ideologen bezeichnet werden. Zum Denken gehört auch zu erwägen, welche Folgen aus der Durchführung eines Gedankens entstehen können, und das wird nur zu leicht vergessen. Wie viele politische, wie viel religiöse Streitigkeiten sind nicht schon auf ein solches Schlagwort hin entstanden und bis zum Äußersten durchgefochten? Als neues Mittel zur Hebung oder Vertiefung der Volksbildung werden jetzt zwei genannt:

1. die Veranstaltung von Hochschulwochen und
2. die Errichtung von Volkshochschulen.

Prüfen wir beide Pläne näher.

1. Die Hochschulwochen verdanken ihre Entstehung dem an verschiedenen Hochschulen, z. B. Göttingen, Bonn, gegriündeten Universitätsbündeln. Ein solcher Bund veranlaßt eine Anzahl der Lehrer der betreffenden Hochschule, in verschiedenen Städten innerhalb der der Hochschule zugehörigen Provinz während einer bestimmten Woche zur wissenschaftlichen Fortbildung Vorträge in gemeinverständlicher Form und außerdem allgemeinbildende Vorträge und Besprechungen zu veranstalten. Der Universitätsbund Göttingen hat kürzlich in Hildesheim eine solche Hochschulwoche veranstaltet, dabei wurden Vorlesungen gehalten über die Entdeckung und Entwicklung der Buchdruckerkunst, über das für den Schulunterricht so wichtige Problem der Phonetik (mit Vorführungen am Apparat), über die neuen Ergebnisse der Atomforschung, über die Geschichte des Stijis und der Stadt Hildesheim, sowie deren Kunstschätze, über Dantes göttliche Komödie, den antiken Tempelbau, über den Untergrund Niedersachsens mit besonderer Berücksichtigung der Kallager, Bodenschätze, Energiequellen und Nationalvermögen, über Rechtsfragen des täglichen Lebens, über Gesundheit und Erziehung. Soweit zweckmäßig, wurden diese Vorlesungen durch Vorführungen von Lichtbildern unterstützt. Jeder Zuhörer zahlte den für die Anhörung der Vorlesungen bestimmten Betrag. Diese Vorlesungen finden allgemeine Teilnahme bei allen Kreisen und Klassen der Bevölkerung Hildesheims und der Umgebung dieser Stadt. Auch war eine Anzahl Göttinger Studenten mit ihren Professoren gekommen, um deren Vorträge zu genießen. Man trennte sich mit dem Wunsch auf eine baldige Wiederholung. Mit einer solchen Veranstaltung kann man sich nur durchaus einverstanden erklären. Wer sich auf den in Betracht gezogenen Gebieten weiterbilden wollte, fand hier Gelegenheit. Er konnte sich die ihm wertvollen Gegenstände herausfinden. Daß der Zuhörer seinen Anteil an den entstehenden Kosten trägt, ist richtig, er zieht ja auch den Nutzen davon. Doch würde es als eine Verbesserung betrachtet werden können, wenn Mittel zusammengesammelt würden, begabten Bedürftigen die entstehenden Kosten zu zahlen.

2. Etwas anders verhält es sich mit der wohl einem sanfteren Druck von oben folgenden Errichtung von Volkshochschulen. Hierbei ergeben sich verschiedene Bedenken, die von den verschiedensten Seiten, auch aus Lehrerkreisen heraus, geltend gemacht werden, und die ich hier zur Sprache bringen will, selbst auf die Gefahr hin, dem jetzt so leicht ausgeprochenen Vorwurfe, für die Verdrummung des Volkes zu sein, verfallen zu müssen. Ich beabsichtige nichts weiter, als den maßgebenden Kreisen der Gemeindevorstellungen die hier geäußerten Bedenken zur Nachprüfung etwas ins Auge gefaßter Pläne vorzulegen, um zu prüfen, ob die sicher allgemein als wünschenswert anzunehmende Weiterbildung der Arbeiter und die Vertiefung des Wissens unserer Volksgenossen nicht vielleicht auf eine etwas abgeänderte Grundlage gelegt werden könnte.

a) Daß es durchaus zweckmäßig ist, solchen Schülern der Volkshochschule, für die eine Weiterbildung erwünscht ist, eine solche zu gewähren, wird niemand bezweifeln. Dazu sind die gewerblichen Fortbildungsschulen eingerichtet, deren Lehrstoff vielleicht etwas erweitert werden kann. Nicht möglich aber ist es, diese Anstalt für Weiterbildung als Volkshochschule zu bezeichnen, weil damit ein gewisser Schein von sogenannter akademischer Bildung erweckt wird, die nicht vorhanden ist und nicht vorhanden sein kann. Sind wirklich hervorragende, einer besonderen Förderung würdige und bedürftige Schüler in der Volkshochschule, so sorge man durch Bewilligung von Gemeindevormitteln oder durch Einwirkung auf wohlhabende Personen, daß solchen Schülern

## Landestheater.

Unsere Bühne, der man nicht den Vorwurf machen darf, daß sie Shakespeares vernachlässigt, hat nach über zwanzigjähriger Pause die Tragödie von „Antonius und Kleopatra“ wieder hervorgeholt. Dieses lange Verschwinden eines Wertes, das den Dichter auf der Höhe seiner künstlerischen Kraft zeigt, aus der Welt des Scheins auch seine triftigen Gründe haben. Denn auch die gestrige Aufführung, die gut vorbereitet war, in sorgfältiger Aufmachung erschien, prächtige Einzelheiten bot und in ihrem gesamten Verlauf einen guten Eindruck hinterließ, sprach nicht zum Publikum. Der Beifall war von Anfang an flau und nahm erst, als der Schlupfhang fiel, bestimmtere Formen an. Er galt dem Schauspiel und seiner Kunst. Das Werk selbst aber erfuhr eine Ablehnung. So wird es wohl sehr bald wieder in die Theaterarchive verschwinden, bis nach zwei, drei Jahrzehnten ein neuer Regisseur sich verlocken läßt, seine künstlerische Kraft — vielleicht mit demselben Erfolg — an dem schwierigen Problem zu messen.

Wo liegt wohl der Schlüssel des Rätsels, daß es hier Shakespeares nicht gelingen will, die Masse sich gefügig zu machen, obwohl doch eine Kette herrlicher Gedanken in schöner Form gegossen sich durch die ganze Tragödie zieht, die dramatischen Geschehnisse in rühmlichen Steigerungen zur Verschlingung und Lösung des Knotens drängen, die Kunst der Psychologisierung eine bewundernswerte Höhe erreicht hat? Der Hauptgrund ist wohl die große Zersplitterung der Handlung, die in raschem Wechsel von Alexandria nach Rom, Messina, Syrien, Aetium überspringt, den Zuschauer aus einem Milieu ins andere wirft und seiner geistigen Beweglichkeit zu viel zumutet.

Das Problem des häufigen Szenenwechsels suchte Herr Kienscherf dadurch zu lösen, daß er sich bei dem Bühnenbild auf das Notwendigste beschränkte und den Charakter der Szene durch einfache Stillierung sinnfällig machte. Am besten gelungen waren die ägyptischen Szenen, während die auf Pompejus' Gaiere spielende Szene nicht den Eindruck erweckte, daß man sich an Bord befand. In solchen Fällen muß die Phantasie einsehen und den Zuschauer über die Mängel der Bühnentechnik hinwegtragen. Maßgebend ist die Folge, das Tempo läßt sich sicherlich noch steigern, das Personal muß in der Aufführung geschult werden.

Die früher Obige Lose sind vorr. Obige Lose empfiehlt un. 1 Stürmer

das Mißtrauen, treffend seine vornehm-lässige Art, die gefährlichsten Wirren zu schlichten, dagegen verlor er sich oft in grämliches Grübeln und nahm so dem Weltbeherrscher, der alles genossen, was das Leben bieten kann, von der Größe und jugendlichen Siegeshaftigkeit, die ihn bis dahin über alle Bedenken der Moral hinweggeführt hatte. Warmblütiger muß er den Antonius spielen, gerade im Gegensatz zu dem kaltblütigen Caesar, dann wird auch sein Untergang in dem Kampf zwischen Genuß und Tatkraft erschütternd.

Frau Ermarch als Kleopatra war das verführerische Weib, das mit dämonischer Gewalt des Mannes Sinne und Vernunft umnebelt. Vermisste man auch das Königl. in Erscheinung und Haltung, so mußte man andererseits die verschwenderische Fülle von Einzelzügen bewundern, mit denen sie ihre Rolle ausgestaltet hatte, die Stärke der psychologischen Detaillierung, soweit sie ein reiches, lebendiges Bild der großen Zauberin entwarf.

Aus der großen Zahl der übrigen Mitwirkenden sind hervorzuheben der mit überlegener Sicherheit und Kaliblitigkeit meisterhaft gespielte Octavius Caesar Schönlunds und der selbstbewußte, mit seiner Ehre und Freundestreue ringende Enobarbus Baumhachs.

Landestheater. Die Neuenstudierung der „Königsfinder“ am Sonntag den 14. d. M. bedeutet zugleich eine Feier von Engelbert Humperdincks Geburtstag. Der greise Meister vollendete am 1. September sein fünfundsiebzigstes Lebensjahr. Die Hauptpartien des Werkes haben eine durchweg neue Besetzung gefunden: Ethil Seijß und Helmut Neugebauer singen die Königsfinder, Marie Seidel und Gottfried Gagedorn Holzhacker und Besenbinde, russischer Leiter ist Alfred Lorenz. — Nach den Neuenstudierungen von „Antonius und Kleopatra“ und von „Königsfinder“ gilt die Hauptarbeit des Landestheaters dem Bühnenwechselfestspiel „Parzifal“. Nur der Ausfall einer Anzahl von Vorstellungen und die Verlegung anderer in das städtische Konzerthaus können Zeit und Raum gewähren für die würdige musikalische und szenische Vorbereitung des gemaltigen Werkes, die eine Fülle künstlerischer Kräfte anspricht und festlegt. Für die Erstaufführung des „Parzifal“ ist nunmehr Sonntag, den 28. September angesetzt.

## Büchertisch.

Stiftungspolitische Jahresübersicht für 1918. Von Gottlob Egelhaaf. (Gesheft M. 5,60, gebunden M. 7.—, Carl Krabbe Verlag, Erich Gutschmann in Stuttgart.) — Dieses kleine Jahrbuch, welches jetzt in seinem 11. Jahrgang vorliegt, hat sich als ein überaus brauchbares Hilfsmittel zur Orientierung in der allerneuesten Geschichte bewährt. In kurzer, aber

doch klarer und erschöpfender Weise berichtet der Verfasser über alle bemerkenswerten Vorgänge des abgelaufenen Jahres und läßt uns noch einmal im Fluge eine dringlichst bemessene Zeit durchleben, in der das geschulte Auge des Historikers die bedeutsamen Einzelheiten festgehalten hat. Der vorliegende Jahrgang ist besonders auch dadurch wertvoll, daß er eine zusammenfassende Schilderung des Verlaufs des Weltkrieges und der Revolution im Jahr 1918 bietet. Den Schluß des Buches bilden wie immer eine Anzahl für die Zeitgeschichte wichtige Dokumente. Jedem Zeitungsleser leistet das kleine Jahrbuch als Führer durch die verwirrende Menge der Ereignisse des Jahres treffliche Dienste.

Die schönsten Romane der italienischen Renaissance. Ausgewählt und übertragen von Dr. Walter Keller. Mit Titel- und Bildschmuck von Paul Kammüller. Verlegt bei Orell Füssli, Zürich, Gesheft 18 Fr. — Walter Keller hat eine Auswahl der poetisch literarisch wertvollsten Gedächtnis überliefert, um den Glanz und die Pracht wie auch das vielseitigste Schicksal damaligen Lebens vor Augen zu führen. Genaueres über die einzelnen Autoren und ihre Werke findet der Leser am Schluß des Buches in den Anmerkungen. Das Buch möge als ein Versuch betrachtet werden, das reiche Bild nach der einen oder anderen Seite ergänzen zu helfen, das Jacob Burckhardt in seinen Werken über die Renaissance vor uns ausgebreitet hat. Dieser Versuch ist völlig gelungen. Das Buch weist in der Tat eine treffliche Auswahl auf. Die Ausstattung ist außerordentlich sorgsam und vornehm, so daß der Preis durchaus angemessen erscheint.

Katharina Botsch, Der Traum. Roman. (Umschlagzeichnung von Alfred Kubin, Einbandzeichnung von Felger. Preis gesheft 5 M. Verlag von Albert Langen in München.) — Der Inhalt des Romans hat alle Elemente eines rechten Sensationsromanes: uns wird die Geschichte eines Nordes erzählt, Katharina Botsch hat es aber verstanden, die Stofflich festliegende Geschichte durch eine Feinheit der Psychologie, eine Konsequenz der inneren Entwicklung zu vertiefen, die ihresgleichen nur bei den großen Rassen finden dürften. Dazu kommt ihre echt künstlerische Begabung für stimmungsgewaltige Milieufärbung, Kraft der sie durch ein paar Zeilen ein Dorf, einen Wald, ein Haus, gleichsam die Luft, die jeden Ort umwittert, greifbar deutlich vor den Augen des Lesers entstehen läßt.

Des Hauses Sonnenstein, die schönsten Kinderbilder. Mit einem Geleitwort und 87 Abbildungen. (Preis M. 2,25. Verlag von Julius Hoffmann in Stuttgart.) — Aber 80 der schönsten Kinderbilder der besten deutschen Maler unserer Zeit sind hier zu einem kleinen Bande vereinigt, der in der Dürer Gegenwart als wahre Hergestaltung wirkt. F. A. Kaulbach, Stülz, Lenbach, Kampf, Knauts, Mare, Schuster-Woldau, Heugeler, Jumbusch und viele andere haben ihr Bestes beigetragen.

Die Mittel zu einer gründlichen weiteren Ausbildung auf einer höheren Schule, selbst auf einer Hochschule, gewährt werden. Damit wird etwas genügt. Durch eine Erweiterung der Lehrgegenstände auf die jetzt schon bestehenden Fortbildungsschulen läßt sich aber der für die Volkshochschulen ausgesprochene Zweck einer für die berufliche Arbeiterwelt besten Weiterbildung bequem erreichen, wie dies jetzt schon bei den sogenannten Meisterkursen der Fall ist. Wozu also die so vollständige Bezeichnung einer Volkshochschule? Diese Bezeichnung löst Gedanken aus, die unverständlich bleiben und deshalb mehr Schaden anrichten als nützen.

b) Ein zweites Bedenken besteht darin, daß die Teilnahme an den Lehrgängen der Volkshochschule hohe Kostenfrei sein soll. Daß der Besuch der Volkshochschule von der Zahlung eines Schulgeldes befreit ist, kann man verstehen, es entspricht das etwa der Befreiung des Mindesteinkommens von der Steuer. Wie es im Interesse der Allgemeinheit liegt, daß jedermann ein gewisses Einkommen unverzögert bezieht, so liegt es auch im Interesse der Allgemeinheit, daß jedermann eine gewisse Bildung zuteil werde. Trotzdem kann aber nicht geleugnet werden, daß viele Familienwäter den Besuch der Volkshochschule durch ihre Kinder höher werten, als sie dafür noch zahlen müßten, während er, da er nichts mehr kostet, eher als etwas Gleichgültiges angesehen wird. Will nun jemand eine über die staatlich als allgemein notwendig erkannte Ausbildung hinaus eine Ausbildung genießen, so ist es nicht mehr als billig, daß er die Kosten dafür trägt, wie er ja auch die Früchte davon genießt. Mit der allgemeinen Freigabe des Unterrichts auf den geplanten Volkshochschulen gelangt man aber auf eine schiefse Bahn; denn mit denselben Rechten, mit dem die Freigabe dieses Unterrichts verlangt wird, kann auch verlangt werden, daß der Unterricht an den gewerblichen Fortbildungsschulen, dann an den Volkshochschulen usw. kostenfrei dargeboten werde. Hat man doch auch schon verneinend entschieden, daß der Unterricht an den Volkshochschulen nicht mehr von der Zahlung von Kollegialgeldern usw. abhängig gemacht wird. Man wird durch Aufhebung der notwendigen Zahlung von Kosten eine Überflutung der Lehranstalten durch mittelmäßige Kräfte herbeiführen, die die ihnen gebotene höhere Bildung nicht in sich verarbeiten können, auf diese unverbesserte Bildung aber pochen und dann als Halbgebildete oder noch weniger für sich und andere nur schädlich sind.

c) Diese Kostenfreiheit erregt aber noch ein besonderes Bedenken dadurch, daß die Volkshochschulen auch zur Volkserhaltung dienen sollen. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit sind freie Stunden entstanden, deren Ausfüllung durch die arbeitstunenden Arbeiter Sorge zu machen beginnt. Deshalb soll diesen Konzerten, Theateraufführungen usw. geboten werden. (Die daneben geplante Einrichtung von Vespallen, Heimern usw. hat hiermit nichts zu schaffen, dafür ist schon längst durch die Gemeinden oder durch Vereine gesorgt, das hat also mit den Volkshochschulen nichts zu tun.) Mit Rücksicht darauf, daß der Besuch der Volkshochschulen kostenfrei sein soll, werden diese Veranstaltungen auch kostenfrei geboten werden müssen. Damit gelangen wir zu dem Ergebnis, daß die Arbeitszeit in einer allmählich gemeindefählichen Weise verkürzt, die Arbeitslöhne aber nicht herabgesetzt, sondern eher erhöht werden und nun dazu noch auf allgemeine Kosten für die Unterhaltung der Arbeiter gespart werden soll, weil diese ihre Zeit nicht anwenden können. Auch dies dürfte zu Bedenken Anlaß geben.

Da die Vorlesungen usw. der Volkshochschulen wohl nicht nur nach Schluß der Arbeitszeit, sondern wegen des in Aussicht genommenen reichhaltigen Stoffes wohl auch während der Arbeitsstunden dargeboten werden müssen, so werden die Teilnehmer an den Volkshochschulen verlangen, daß ihnen der durch den Besuch der Volkshochschule entgehende Verdienst ersetzt werde. Da man nun die hierdurch entstehenden Aufwände nicht auch noch den jetzt schon genug belasteten Arbeitgebern aufbürden kann, so werden sie auch der Gemeinde zur Last fallen und diese weiter belasten.

d) Dann mag noch darauf hingewiesen werden, daß der für die Volkshochschulen in Aussicht genommene reichhaltige Stoff in der gleichfalls in Aussicht genommenen Zeit, von drei Monaten (einem Trimester), wenn überhaupt, so doch nur ungenügend bewältigt werden kann. Entweder muß der Lerngegenstand also mehrere Lehrgänge nacheinander mitmachen, oder er bekommt nur eine ganz oberflächliche Kenntnis beigebracht, von der er, wie schon hervorgehoben, keinen Nutzen hat.

Zu schließ, obgleich sich vielleicht noch weitere Bedenken herbeizubringen ließen, wiederholen wir, was ich schon oben gesagt habe, daß ich mich keineswegs gegen die Weiterbildung der Arbeiter, keineswegs gegen die Vertiefung des Wissens der Volksgenossen erkläre, daß ich solche in jeder geeigneten Weise gefördert zu sehen wünsche, es aber dringend zur Erwägung anheimstelle, ob gerade die Errichtung der geplanten Volkshochschulen als der geeignete Weg angesehen werden muß.

der Vertrag ausdrücklich vorsieht, daß gewisse Personen, die eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebrauche des Krieges angeklagt sind, auszuliefern und vor ein fremdes Gericht zu stellen sind.

Nach der deutschen Antwort soll Artikel 178 aufgenommen worden sein, um jeden möglichen Widerspruch zwischen den Vorschriften der Konvention und den Bestimmungen des Friedensvertrages zu vermeiden. Dies ist eine ausgezeichnete Absicht, wenn es sich um Widersprüche ansehbarer und unvorhergesehener Art handelt, wie sie der Scharf sinn der Juristen in der Fassung zweier längerer und verwidelter Urkunden entdecken kann.

Hier aber handelt es sich nicht um ansehbarer und nicht vorauszu sehende Widersprüche. Die Widersprüche, gegen die sich der Protest der alliierten und assoziierten Regierungen richtet, sind gewiß klar und offenbar und können nur gewollt sein. Niemand wird glauben, daß die Urheber der deutschen Konvention bei der Aufnahme des Artikels 61 und bei der Fassung des Wortlauts des Artikels 112 nicht wußten, daß diese Bestimmungen in sich selbst mit den wenige Wochen vorher von Deutschland feierlich übernommenen Verpflichtungen unvereinbar waren. Dieser Zustand darf nicht länger dauern.

Die deutsche Regierung erkennt an und erklärt, daß, wenn die Konvention und der Vertrag im Widerspruch stehen, die Konvention nicht vorgehen kann. Im Hinblick auf diese Anerkennung erwarten die alliierten und assoziierten Mächte von der deutschen Regierung, daß sie ohne Verzug die Auslegung, die sie in ihrer Antwort vom 5. September 1919 den alliierten und assoziierten Mächten mitgeteilt hat, in einer diplomatischen Urkunde, deren Wortlaut hier beigefügt wird, wiederholt, sowie daß diese Urkunde unverzüglich von einem bevollmächtigten Vertreter der deutschen Regierung in Gegenwart von Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte in Versailles unterzeichnet und innerhalb 14 Tagen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von den zuständigen gesetzgebenden Gewalten Deutschlands gebilligt werden muß.

Die Anlage zu der Note lautet: „Der unterzeichnete gehörig Bevollmächtigte und im Namen der deutschen Regierung Handelnde erkennt an und erklärt, daß demzufolge der Absatz 2 des Artikels 61 der erwähnten Konvention unzulässig ist und daß namentlich die Zulassung österreichischer Vertreter zum Reichsrat nur stattfindet, wenn gemäß Artikel 60 des Friedensvertrages der Völkerrat eine entsprechende Änderung der internationalen Lage Österreichs genehmigt haben wird. Die gegenwärtige Erklärung soll innerhalb von 14 Tagen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von den zuständigen deutschen gesetzgebenden Gewalten gebilligt werden.“

Gebilligt in Versailles am 12. September 1919 in Gegenwart der unterzeichneten Vertreter der a. und a. Hauptmächte.

Berlin, 13. Sept. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt zu der Antwort der Entente: „Was hier verlangt wird ist nichts anderes, als was die deutsche Regierung bereits in ihrer am 5. September übergebenen Antwortnote auf das Ultimatum erklärt hat. Eine Änderung der Konvention kommt also nicht in Frage. Es hätte erwartet werden können, daß sich die Entente mit der einmaligen Erklärung begnügt. Wenn sie es für richtig hält, ihr Verlangen, wonach diese Erklärung feierlich zu wiederholen und von den gesetzgebenden Körperschaften zu billigen ist, in eine verbindliche Form zu kleiden und ironisierende Bemerkungen daran zu knüpfen, so erklärt sich dies dadurch, daß die Ententepresse die deutsche Antwort entstellend wiedergegeben und dadurch den falschen Eindruck erweckt hat, als ob man in Deutschland das Ultimatum mit Hochachtung angenommen hätte. Ein Gegenstandnis ist es immerhin, daß die Billigung durch die gesetzgebenden Körperschaften erst innerhalb 14 Tagen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages erfolgen soll.“

### Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag.

Der Inhalt des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages vom 18. Juli 1887, der bisher nur aus einer Mitteilung der „Hamburger Nachrichten“ vom 24. Oktober 1896 bekannt war, wird jetzt von der „Deutschen Allg. Ztg.“ im Wortlaut in deutscher Übersetzung veröffentlicht. Der Vertrag lautet in seinen wesentlichen Punkten:

Artikel 1. Für den Fall, daß einer der hohen vertragschließenden Teile sich mit einer dritten Großmacht im Kriege befinden sollte, wird der andere eine wohlwollende Neutralität bewahren und seine Sorge darauf richten, den Streit zu lokalisieren. Diese Bestimmung soll auf einen Krieg gegen Österreich oder gegen Frankreich keine Anwendung finden, falls dieser Krieg durch einen Angriff eines der vertragschließenden Teile gegen eine dieser beiden Großmächte hervorgerufen ist.

Artikel 2. Deutschland erkennt die geschichtlich erworbenen Rechte Rußlands auf der Balkanhalbinsel an und insbesondere die Rechtmäßigkeit seines vorwiegenden und entscheidenden Einflusses in Bulgarien und Strumizien. Die beiden Höfe verpflichten sich, keine Änderung des territorialen status quo der sogenannten Halbinsel ohne vorheriges Einverständnis zuzulassen und sich gegebenenfalls jedem Versuche, diesem status quo Abbruch zu tun, oder ihn ohne ihr Einverständnis abzuändern, zu widersetzen.

Artikel 3. Die beiden Höfe erkennen den europäischen und gegenständig bindenden Charakter des Grundgesetzes der Schließung der Meerengen des Bosporus und der Dardanellen an, der begründet ist auf dem Völkerrecht, bestätigt durch die Verträge und zusammengefaßt in der Erklärung des zweiten Bevollmächtigten Rußlands, in der Sitzung des Berliner Kongresses vom 12. Juli. Sie werden gemeinsam darüber wachen, daß die Türkei keine Ausnahme von dieser Regel zugunsten der Interessen irgend einer Regierung dadurch macht, daß sie den Teil ihres Reichs, den die Meerengen bilden, für militärische Operationen einer kriegführenden Macht hergibt.

Im Falle einer Verletzung, oder um einer etwa drohenden Verletzung vorzubeugen, werden die beiden Höfe der Türkei erklären, daß sie eintretendfalls sich als im Kriegszustand gegenüber dem verletzten Teile befinden und die ihrem territorialen status quo im Berliner Vertrag verbürgte Sicherheit als gefährdet ansehen werden.

Artikel 4. Der gegenwärtige Vertrag soll während eines Zeitraumes von drei Jahren, gerechnet vom Tage des Austausch der Ratifikation, in Geltung bleiben.

Artikel 5. Die hohen vertragschließenden Teile verpflichten einander über den Inhalt und das Bestehen des gegenwärtigen Vertrages und des beigefügten Protokolles Schweigen zu bewahren.

Zu dem Rückversicherungsvertrag gehört ein ganz geheimes Zusatzprotokoll. Darnach sind die beiden Höfe übereingekommen, in Bulgarien eine geordnete und gesetzmäßige Regierung wieder herzustellen. Deutschland verspricht, in keinem Falle seine Zustimmung zur Wiedererhebung des Prinzen von

Battenberg zu geben. Für den Fall, daß Rußland die Aufgabe der Verteidigung des Zuganges zum Schwarzen Meer übernehmen müßte, verpflichtet sich Deutschland zu wohlwollender Neutralität.

### Die Krise bei den Unabhängigen.

Dem „Neuen Mannh. Volksblatt“ wird aus Berlin von besonderer Seite geschrieben:

Die stärkste Gärung macht augenblicklich die Partei der Unabhängigen durch. Es handelt sich um die entscheidende Frage, ob das bisherige Positive, das in dieser Partei bisher an Wille und Kraft für aufbauende Arbeit noch vorhanden war, erhalten und gepflegt, oder aber, ob die Umwandlung ins kommunistische Lager und damit das Bekenntnis zum Radikalismus die ganze gegenwärtige politische und wirtschaftliche Ordnung umwälzenden Umwälzung erfolgen soll. Das Lager der Unabhängigen ist in diesen Dingen schon bedenklich geteilt. Die alten Führer sehen immer mehr die Fäden ihrer Hände entgleiten, aber die jungen radikalen Stürmer gewinnen immer mehr die Oberhand, und die Alten verlieren immer mehr an Autorität und Respekt. Es ist sehr bezeichnend, daß das Organ der Unabhängigen in Berlin, die „Freiheit“, höhnisch davon spricht, daß die Unabhängigen keinen „Ratholiktentag“ haben wollten, wie das die Mehrheitssozialisten auf ihrem Parteitag in Weimar gemacht hätten. Erst sei eine Opposition bestimmt worden, dann seien die Größen der Parteien aufzutreten und am Ende habe sich alles in vollendeter Harmonie aufgelöst, freilich in der Harmonie der Grundlosigkeit!

Von welchen Gegenständen die Partei der Unabhängigen augenblicklich weiter geteilt wird, zeigen die Debatten, welche dieser Tage auf der Reichskonferenz der Partei über die Frage geführt wurden, ob man überhaupt noch am Parlamentarismus teilnehmen soll oder nicht. Es sind über diese Frage innerhalb der Unabhängigen ernste Meinungsverschiedenheiten aufgetreten, von denen man heute noch nicht sagen kann, bis zu welchem Ergebnis sie sich schließlich entwickeln werden. Eine kleinere Gruppe unter Führung von Dautz ist der Auffassung, daß auch die Unabhängigen an den Wahlen wie auch am Parlamentarismus teilnehmen müssen, um auf diese Weise das Parlament als ein Mittel zu benutzen, um an die Massen stärker heranzukommen. Eine zweite, immer größer werdende Gruppe wird von Däumig geführt, welche dem Parlamentarismus widerspricht und das reine Mittelstufen, also Diktatur der Masse, und zwar gerade in politischen Dingen fordert. Der Unabhängige Geher hat in der „Leipziger Volkszeitung“ den unerhörtsten revolutionären Kampf proklamiert und in Aussicht gestellt, daß diese neuen Revolutionen in wenigen Monaten, ja vielleicht schon in Wochen kommen werden. Aber auch die Mittelstufen ist nicht das letzte Ziel dieser radikalen Gruppe. Über die proletarische Diktatur hinweg soll erst die sozialistische Gesellschaft, so wie jene Kreise sie sich vorstellen, etabliert werden.

Inzwischen stehen die Kommunisten hinter den Kulissen, wehen die Meffer und tun das, was Däumig auch als das notwendige Glied der Revolution bezeichnet hat: Sie stoßen, dieses Jahr eine große neue radikale Umwälzungsbewegung geplant ist. Man geht mit außerordentlichem Geschick in den Vorberreitungen zu Werk. Man betreibt nicht mehr eine Massenorganisation, sondern die Sammlung revolutionärer Kreise in Gang kommen, nicht über 10 Mann hinausgehender Gruppen, die nicht allein auf die Fabriken und Betriebe, sondern auch auf Straßen, ja selbst auf Häuserflöße und auf einzelne Häuser verteilt werden. Die Rekruten sollen auf jeden Winkel sofort, gewissermaßen als Offiziere den revolutionären Truppen zur Verfügung sein.

Soeben veröffentlicht die „Freiheit“ einen Aufruf unter dem Titel: „Es geht ums Ganze.“ Es wird davon gesprochen, daß wir nunmehr vor entscheidenden Wendepunkten in der Revolution stehen. Als Ziel wird bezeichnet: „Die Revolution im sozialistischen Sinne vorwärts zu treiben u. den Triumph des Sozialismus sicher zu stellen.“ Man sieht daraus, wie weit die Dinge schon gediehen sind und mit welchen Hoffnungen man sich schon im kommunistischen Lager trägt. Es ist für wahr höchste Zeit, daß das Bürgertum aus seiner nach allem dem seit dem November 1918 Erlebten begreiflichen Gleichgültigkeit erwacht und offenen Auges den kommenden Ereignissen gegenüber sich rüstet.

So weit das Mannheimer Blatt. In der Dienstag-Sitzung der Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie führte Dautz, laut „Freiheit“, zum Thema „Die politische Lage“ aus: Die Regierung, die sich nur mit Hilfe des Belagerungszustandes an der Macht erhalte, behaupte zwar, die vollendete Demokratie zu repräsentieren. Sie stelle aber nur eine verkappte Diktatur der herrschenden Klassen dar. Im Proletariat sei eine gewisse Gleichgültigkeit eingetreten und die Kommunisten hätten richtig das Abflauen der revolutionären Stimmung erkannt. Die wirtschaftliche Not könne aber nur zu einer verschärften Revolutionsphase führen. Man müsse aber auch mit einer längeren Dauer des Tiefstandes der revolutionären Bewegung rechnen. Daher dürfe die Partei die parlamentarische Wirksamkeit nicht aus der Hand geben und die Wahlen keineswegs boykottieren.

### Kleine Nachrichten.

Genf, 13. Sept. „Temps“ meldet, daß der Bericht der Enquete-Kommission aus Oberschlesien die Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens der Entente in Oberschlesien unbedingt verneint.

Warschau, 12. Sept. Die polnische Regierung ernannte zum Kommissar in Danzig den Grafen Oswald Potocki und zu seinem Stellvertreter Dr. Marchlewski.

Bern, 12. Sept. Im Anschluß an die Meldung, die Entente beabsichtige den Kauf des badischen Bahnhofes in Basel unter Anrechnung auf die deutsche Entschädigungssumme, berichten schweizerische Blätter nach dem Londoner „Engineer“, die Entente plane darüber hinaus die Übernahme des badischen Eisenbahnetzes im Kanton Schaffhausen.

Bern, 12. Sept. Der Pariser Korrespondent des „Bernese Bund“ unterstreicht eine kühne Äußerung Loucheurs, die auf allen Bänken und auch bei Clemenceau Beifall fand, als Loucheur erklärte: „Frankreich will die Kriegsteime erlösen; Frankreich will mit Deutschland in weitherzigem Sinne arbeiten. Alle müssen arbeiten, Franzosen wie Deutsche! Und wenn man sich in der ganzen Welt tapfer ans Werk macht, wird man überall das Wohlergehen wiederfinden können!“ — Diese optimistischen Worte eines Mannes, der als erfahrener Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse gilt, fanden großen Beifall in der Kammer.

Berlin, 13. Sept. Laut „Voss. Ztg.“ haben die württembergischen Eisenbahner beschlossen, wöchentlich zehn Überstunden zu leisten, um die Kohlennot zu vermindern.

Berlin, 13. Sept. Der Staatshaushaltsausgleich der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, die preussischen

### Politische Neuigkeiten.

#### Die Antwort der Alliierten.

Berlin, 12. Sept. Nach einem Telegramm der deutschen Vertretung in Versailles von 12 Uhr mittags hat Ministerpräsident Clemenceau folgende Note vom 11. Sept. übermittelt:

„Durch ihre Note vom 2. d. M. haben die alliierten und assoziierten Mächte die deutsche Regierung auf einen die Beziehungen Deutschlands zu der österreichischen Republik betreffenden Artikel der neuen deutschen Verfassung hingewiesen, der mit den Bestimmungen des Friedensvertrages über diese Frage nicht im Einklang steht. Die deutsche Regierung hat mit ihrer Note vom 5. Sept. geantwortet, daß tatsächlich kein Artikel, wie auch kein klarer Wortlaut im Vertrag, mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehen kann, weil in der Verfassung ein anderer Artikel steht, der besagt, daß keine der Bestimmungen dem Vertrag entgegen tun kann.“

Darf diesem sinneigen Kunstgriff könnte die deutsche Verfassung so geändert werden, daß ihr Wortlaut jeder der Bestimmungen des Friedensvertrages widerspreche. Sie könnte z. B. vorschreiben, daß ein deutsches Heer von mehreren Millionen Mann auf dem Wege der Aushebung gehalten werden soll, und wenn die alliierten und assoziierten Mächte darauf aufmerksam machten, daß diese Bestimmung gegen den Vertrag sei, der die Stärke des deutschen Heeres genau abgrenzt und die Aushebung untersagt, so würde die deutsche Regierung antworten, daß wenn dies schon sei, die Verfassung selbst in ihrem Artikel 178 eine genügende Sicherheit vorgegeben habe, in dem sie erklärt, daß nichts in dem Vertrag durch die Verfassung berührt werden kann. Man könnte sagen, dies sei eine reine Hypothese, aber sie rechtfertigt sich, wenn man im Artikel 112 der deutschen Verfassung in ihrer letzten Form liest, daß kein Deutscher zur Abreise durch ein fremdes Gericht ausgeliefert werden darf, während

Staatsregierung zu erfuchen, den Beamten eine einmalige Beschäftigungsbefreiung in Höhe von 600 Mark für Ledige, 1000 M. für kinderlos Verheiratete und für jedes Kind 200 M. zu gewähren. Gleichzeitig wird die Staatsregierung ersucht, mit der Vorlage dieser Gewährung von Beamtenzulagen eine Zulage für die Staatsarbeiter zu verbinden, die den augenblicklichen Feuerungsverhältnissen Rechnung tragen soll.

**Berlin, 11. Sept.** Die Vorbereitungen zur Einrichtung der Landesfinanzämter sind soweit gebiechen, daß in den nächsten Tagen mit ihrer Unterbringung an Ort und Stelle begonnen wird. Zu diesem Zweck treffen die Leiter der Abteilung III (Reichsvermögensverwaltung der Landesfinanzämter), welche die Amtsbezeichnung Finanzdirektor oder Oberfinanzrat tragen, an den betreffenden Orten ein.

**Memel, 12. Sept.** Aus Anlaß der Verhaftung des Vorsitzenden des hiesigen Arbeiterrates, Sahnwaldt, durch den Führer des hier liegenden Bataillons, Hauptmann Schmidt, ist heute vormittag der Generalkriegsrichter erklärt worden. Der Generalkriegsrichter, der auch Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke umfaßt, soll solange aufrecht erhalten werden, bis Sahnwaldt aus Ostpreußen entlassen und Hauptmann Schmidt aus Memel entfernt ist.

**Leipzig, 11. Sept.** Der Streik im Leipziger Buchhandel ist beendet. Die Arbeit wird am Freitag wieder aufgenommen.

**Verfaßtes, 12. Sept.** Die Frage von Tschern ist gelöst. Der Oberste Rat hat mit Zustimmung der tschecho-slowakischen und polnischen Friedensdelegation beschlossen, daß die Bevölkerung von Tschern selbst über ihr Schicksal entscheidet. Die Volksabstimmung soll unter ähnlichen Bedingungen wie in Oberösterreich stattfinden.

**Bern, 12. Sept.** Wie die „Thurgauer Zeitung“ erfährt, betrachtet man im Berner Bundesratshaus die Vorarlbergische Frage als erledigt. Die Haltung Italiens in St. Germain habe dabei eine große Rolle gespielt. Italien soll bei der Pariser Konferenz den Ausschlag in der Vorarlbergischen Frage gegeben haben und in Bern wisse man, Italien habe tatsächlich territoriale Kompensationsforderungen an die Schweiz angemeldet für den Fall, daß die Schweiz die Loslösung von Vorarlberg begünstigen sollte.

**Paris, 11. Sept.** Die Überreichung des bulgarischen Friedensvertrages ist auf morgen verschoben worden. Bulgarien erhält 25 Tage Zeit, um den Friedensvertrag anzunehmen.

**Amsterdam, 12. Sept.** Nach dem Pressebureau Radio berichten die „Newport Times“, daß Großbritannien die Absicht habe, auf der Zuteilung von 2 1/2 Millionen Tonnen Schiffsraum, der nach der Ratifizierung des Friedensvertrages von der Wiedergutmachungskommission unter die Alliierten aufgeteilt werden soll, zu bestehen.

**Amsterdam, 12. Sept.** „Times“ meldet aus Rom, daß die Wiedervereinigung der Sozialisten und die katholischen Mitglieder der Kammerkommission gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages sind.

**Amsterdam, 11. Sept.** „Allgemeines Handelsblatt“ zufolge, wird die Weizenrate in den Vereinigten Staaten auf 923 Millionen Bushels geschätzt oder 6 Millionen Bushels mehr als im letzten Jahre oder 132 Millionen Bushels mehr als der Durchschnitt der Ernte der letzten fünf Jahre beträgt.

**Darmstadt, 12. Sept.** Abg. Wittig, Mitglied der hessischen Volkskammer, hat folgende Anfrage an die hessische Regierung in Darmstadt gerichtet: „Von Sachverständigen ist festgestellt,

daß bis jetzt 6000 bis 8000 Doppelzentner Weizen aus Oberhessen fortgeschafft worden sind. Was bedeutet die Regierung zu tun, um diesem Exzess der Bauern Einhalt zu bieten? Das Korn wird direkt von der Dreschmaschine zu unerhörten Hochpreisen verkauft. Die Vieher-Klasse-Wagen sind in allen Lagen mit Getreidesäcken so angefüllt, daß es Passagieren nicht möglich ist, einzusteigen. Die vorhandenen Gendarmen sind machtlos und reichen zur Bekämpfung dieses Schleichhandels nicht aus. Auch aus anderen Landesteilen Deutschlands kommen ähnliche Klagen.

## Badische Ueberlicht.

### Abbau des alten Beeres.

\* Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:  
Mit dem 30. September wird das Generalkommando XIV. A. R. und der größte Teil der noch bestehenden Formationen und Verbände des alten Heeres aufgelöst werden. Von den aufgelösten Dienststellen bleiben Abteilungsstellen — vom Generalkommando ein Abteilungsamt —, deren Stelle vom Reichswehrminister festgesetzt ist, bestehen. Die Tätigkeit dieser Abteilungsstellen besteht in der Erleichterung der Wiedereingliederung, Versorgungs- und Entschädigungsangelegenheiten der Friedens- und Reservisten. Diese Arbeiten sind umfangreicher als vielleicht allgemein bekannt ist, und sie werden noch Rückkehr der Kriegsgefangenen noch erheblich vermehrt werden, was ein Befehlen der meisten Abteilungsstellen von vor-aussichtlich über 1 Jahr erfordert wird.

Die Abteilungsstellen werden dem Abteilungsamt des Generalkommandos unterstellt.

### Klagen aus dem Ickler Brückenkopfgebiet.

\* Von einem zuverlässigen Kenner der Verhältnisse wird uns mitgeteilt:

Die Geschäftsleute im besetzten Gebiet Badens klagen lebhaft darüber, daß sie vielfach von Geschäftsleuten außerhalb des besetzten Gebietes so behandelt werden, wie wenn das besetzte Gebiet Ausland wäre. Außerordentlich groß seien die Schwierigkeiten, die ihnen gemacht werden, wenn sie Bestellungen aufgeben, die womöglich gar nicht ausgeführt oder doch verzögert oder von ersparierenden Bedingungen abhängig gemacht werden.

Man sollte glauben, daß Handel, Gewerbe und Industrie im unbesetzten Gebiet es sich zur Ehrenaufgabe machen, gerade die Gewerbetreibenden im besetzten Gebiet zu stützen. Diesen Leuten sollte dadurch entgegenkommen werden, daß, wenn ihre Angebote oder Bestellungen wegen der Postverzögerung nicht rechtzeitig eintreffen, der im unbesetzten Gebiet wohnende Geschäftsmann, aber auch jede in Betracht kommende Behörde den Schwierigkeiten weitgehend Rechnung trägt.

### \* Die „Badische Landeszeitung“

beschwert sich darüber, daß die „Freiburger Tagespost“ (Bentumsblatt) persönliche Ausfälle gegen Herrn Minister De-

trich mache, und führt dann fort: „Als kürzlich ein demokratisches Organ gegen Herrn Erzberger und seine Finanzpolitik einiges sagte, da schlug der Badische Beobachter mit der Faust auf den Tisch und ätzerte das Gespenst einer Kabinettskrise, weil derlei Äußerungen angeblich unstatthaft seien, wenn und solange die Demokraten im badischen Koalitionskabinet saßen. Was dem einen recht ist, sollte bekanntlich dem andern billig sein. Dieses Mal liegt zudem der Fall noch gravierender, denn der Angegriffene hat selber im badischen Koalitionskabinet gesessen. Wir warten also auf die Entrüstung des badischen Beobachters gegen seine Freiburger Kollegen. Wir warten auch auf die Entrüstung der Karlsruher Zeitung, die damals in das gleiche Horn blies. Oder sollte sich diese Blätter vielleicht auf den Standpunkt stellen: Quod licet Jovi...? Dann müßte sich unser Erachens allerdings die Demokratische Partei für diese Rolle schärfsten bedanken!

Wir möchten hierzu bemerken, daß wir f. Bt. ausdrücklich betont haben, daß in der Presse aller drei Koalitionsparteien Beispiele für das Vorhandensein einer kurzfristigen Polemik zu finden seien. Wenn die „Badische Landeszeitung“ persönliche Angriffe gegen den Minister Dietrich verurteilt, so bedarf es erst gar keiner Anrempelung für uns, um auch davon Notiz zu nehmen, und von neuem zu erklären, wie wenig eine derartige Polemik am Naem ist und wie sehr sie vom Standpunkt der Koalitionsregierung aus zu bedauern sind. Wir hoffen, daß der „Landeszeitung“ diese lokale Erklärung genügen wird.

### \* Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

Wiederbetriebnahme des Bahnhofs Basel Bad. Stb. Nach Entscheidung der zuständigen Schweiz. Behörden muß der badische Personenbahnhof Basel vorerst für den gesamten kleinen Grenzverkehr, also nicht nur für Warenholer, gesperrt bleiben. Der gesamte kleine Grenzverkehr nach und von Basel muß deshalb die seitherigen Übergänge benutzen.

oc. Von der Schwarzwaldbahn, 13. Sept. In Weiersbrunn sollten diese Tage drei Wagen an einen Zug gehängt werden, die Kupplung verlagte jedoch und die drei Wagen liefen mit größter Geschwindigkeit über Klosterreichenbach hinaus und stürzten eine Böschung hinunter, wobei sie völlig zertrümmert wurden. Der Zug in Klosterreichenbach konnte noch rechtzeitig auf die Seite gebracht werden, so daß ein größeres Unglück verhütet wurde. Eine Person wurde leicht verletzt. Der Materialschaden wird auf 26 bis 30 000 M. geschätzt.

B.C. Die Tabakpreise werden sich für Baden voraussichtlich zwischen 400 und 450 M. bewegen. Eine von der badischen Landwirtschaftskammer einberufene Versammlung von Vertretern sämtlicher tabakpflanzenden Gemeinden hat einstimmig die für die 1919er Tabake angelegten Preise als durchaus hinreichend anerkannt. Der deutsche Tabakbauverband Karlsruhe sprach die Erwartung aus, daß die Tabakpflanzler die Ablieferung der Ernte genau nach den festgesetzten Preisen durchführen und dem Schleichhandel zu Wucherpreisen im Interesse der Tabakpflanzler selbst mit aller Schärfe entgegenreten.

B.C. Freiburg, 12. Sept. Nach der „Freiburger Post“ geht am 1. Oktober der Druck des hiesigen „Freiburger Tagblatt“ auf die Freiburger Druck- und Verlagsgesellschaft G. M. Muth über.

## Badisches Landestheater.

Sonntag, den 14. September 1919. Neu einstudiert:

# Die Königskinder.

Anfang 6 1/2 Uhr. Große Preise.

Zurückgekehrt  
**Dr. Katz, Augenarzt**

**Altertümer**  
Ich kaufe zu angemess. Preisen: Alttertümliche Möbel jed. Art, Porzellan, insbesondere figurliche Darstellungen, wenn auch defekt, Gemälde, Kupferstiche, Miniaturbildchen auf Elfenbein od. Porzellan, Goldschmuck alt. od. neu. Art, auch Bruchgold.  
**Antiquitätenhandlung Arnold Fischel**  
Kaiserstr. 140, neben Moninger, Fernspr. 3166.

## Wohnungen für Studenten im Winter-Gemeister 1919/20

Nachdem bereits heute kaum mehr Zimmer zu angemessenen Preisen für Studierende der Technischen Hochschule nachgewiesen werden können, wenden wir uns an einsichtige Familien der Stadt mit der Bitte, Studenten

freiwillig bei sich aufzunehmen. Wir bitten uns umgehend die nötigen Mitteilungen über Zahl der Zimmer und den Preis einschließlich Frühstück, Bedienung und Beleuchtung gütigst mitzuteilen.

Sollten Zimmer in genügender Zahl nicht freiwillig angeboten werden, so müßten wir, ähnlich dem Verfahren in anderen Hochschul-Städten Deutschlands, zur Zwangsvermittlung bei offiziell festgesetzten Preisen schreiten.

Wir hoffen aber zuversichtlich, daß dieser Appell an die Bürgerlichkeit, ihrerseits an der Wiedergewinnung eines vollwertigen akademischen Nachwuchses trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse mitzuhelfen, genügt.

## Das Wohnungsamt der Technischen Hochschule

Zuschriften sind an das Sekretariat der Technischen Hochschule (Wohnungsamt) zu richten.

## Für alle Behörden von großer Wichtigkeit

ist die Massenvertilgung der Feldmäuse.

Bestes und billigstes Mittel hierfür ist „**Millimors**“

1 Röhre für 1/2 bis 1 Morgen 1.50. — Gehälftlich in Apotheken und Drogerien, wo nicht zu haben, durch uns direkt zu beziehen:

**Chemisch-bakteriologisches Laboratorium „Millimors“,**  
Karlsruhe, Gerrenstraße 15.

## Auslandskristallzucker Reis, kondensierte Milch

ab unbesetztem Gebiet vorteilhaft. **Drachhoferte**

**Carl Messerschmid, Jagstfeld.**

## Preis-gekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft

von A. Schlipf 21. neubearbeitete Aufl. 597 Seiten mit 850 Abbild. 13.35 M. Der Landwirtschaftslehre 9.10. Der Gutssekretär 21.80. Landwirtschaftl. Sünden 9.10. Landwirtschaftl. Ratgeber für Frauen 13.50. Die Selbstversorgung der Landfrau 2.65. Landwirtschaftliche Obst- und Gemüse-Verwertung 4.50. Landbuch 5.55. Kartoffelkultur 2.20. Ragermilchfabrik 2.25. Die Hauswirtschaft 3. Der Hausarzt 4.40. Landwirtschaftl. Tierheilkunde 24.20. Landwirtschaftl. Geburtshilfe 26.65 oder 4.85. Gesundheitspflege der Landwirtschaftl. Hauswirtschaft 18.15 oder 13.20. Der Veterinärgehilfe 4. Der Fleischbeschauer 3.75. Tierzucht 7. Rindviehzucht 30.25. Fütterungslehre 4.50. Ernährung des Kindes 2. Milchwirtschaft 31.50 oder 9.10. Pferdehaltung 1.65. Pferdeheilkunde 4. Schweinezucht 4.85. Schweinefütterung 2.65. Schafzucht 3. Hundebuch 4. Der Viehhalt 4.85. Dreschmaschinen 15.60. Motorpflüge 9.90. Unkrautbekämpfung 2.65. Düngelchre 4. Eintrags. Gemüsebau 9.70. Eintrags. Feldgemüsebau 4.85. Pilzbuch 3. Gartenbuch 6.50 oder 22. Gartenkunst 8.50. Der Hausgarten 8. Der Zimmergärtner 2.20. Tabakbau und Tabakhand 21.80. Rindenzucht 3.60. Ziegenzucht 12.10 oder 3.60. Geflügelzucht 5. Sühnerzucht 2.20. Entenzucht 2.20. Gänsezucht 2.20. Lammzucht 2.20. Ferkelzucht 30.25. Geflügelzucht 4.85. Bienezucht 5. 6000 Rezepte zu Handelsartikeln 15. Nützlich Deutsch 6. Rechtschreibung Duden 7.15. Büchermanss Geselligkeit 8.80. Gedächtnisammlung 5. Anerkenntbuch 3. Aufschlüsselung 6. Fremdwörterbuch 8. Rechtsformularbuch 6. Englisch 6. Französisch 6. Spanisch 6. Polnisch 6. Buchführung 6. Bankwesen 6. Geschäfts- und Privatbriefsteller 6. Schönheitslehre 4. Rechenlehre 2. Unter Ton und seine Sätze 5.75. Mod. Tanzlehrbuch 3.35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3.20.  
Nur gegen Nachnahme L. Schwatz & Co., Berlin CS 14 B. Annonc. 24.

## Zum 80. Geburtstag Hans Thomas

In Kürze erscheint:

# Hans Thoma

der Maler  
als Musiker, Dichter und Mensch

Von  
**Dr. Karl Anton**

Mit 20 von Hans Thoma selbst beigezeichneten Bildern und dem neuesten bisher noch unerschienenen Bilde des Meisters

Preis 3 Mark

Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe (Baden)

Bei neugegründeter Akt.-Ges. der Versicherungsbranche mit 10 Millionen Aktienkapital bietet sich

## Großkapitalisten

durchaus sichere Kapitalanlage als **Ausfluchtsratsmitglied.**

Das Unternehmen ist sachmännlich geschäftig geleitet und durch Interessengemeinschaft bestehender großer Gesellschaften gesichert.

Angebote unter G. 222 an die Expedition des Blattes.

Neuer **Kreuzfuchs**, mod. gesunde Form, sehr billig zu verk. Ang. unt. 222 a. d. Exped. d. Karlsruh. Ztg.

**Schmuckfächer** aller Art und **Pfandheine** werden stets angekauft in **Weimtraubs** An- und Verkaufsgesellschaft **Kronenstr. 52. Tel. 3747**

**Alaska-Fuchs** Kragen und Muff sehr billig abzugeb. Angebote unter 222 an die Exped. d. Karlsruh. Ztg.

Bin stets **Wunschmer** von **frischen Gänselebern** und zahle für 1a Ware höchste Tagespreise.

**Gänseleberpatentenfabr.**  
**L. Bolle-Mitz**  
Freiburg i. B., Wertholdstr. 43.

Ausholungsverigerung des **Parlamentes** Ottenhöfen (Baden) Mittwoch, den 24. September, vorm. 10 1/2 Uhr im Gasthaus zum Engel in Ottenhöfen: 1400 Fim. Nadelholzstämme und Abschnitte, sowie 85 Eter Papierrollen. Ankaufszine durch das Postamt. C. 42.21

## Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

O. 45. Durlach. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Alexander Rohweg in Durlach wurde nach rechtskräftig bestätigtem Zwangsvergleich aufgehoben. Durlach, 11. Sept. 1919. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts. C. 45.

O. 44. Bühl. Das Konkursverfahren über das Nachlassvermögen des Wegbauunternehmers Johann Bäuerle, Urban Sohn, in Bühlertal wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Bühl, 1. Sept. 1919. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

O. 43. Donaueschingen. Die Entmündigung des Bruno Käfer, Gärtner aus Donaueschingen, wurde durch Gerichtsschluß vom 28. August 1919 aufgehoben. Donaueschingen, den 5. September 1919. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

O. 40. 21. Triberg. Der Pfarrer Engelbert Hummel in Herdwangen, hat beantragt, den verstorbenen Landgutsbesitzer Paul Hummel, zuletzt wohnhaft in Schönwald, für tot zu erklären.

Der bezeugte Verholene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Mittwoch, 7. April 1920, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anderamtlichen Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Triberg, 10. Sept. 1919. Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.